

2942/J XX.GP

der Abgeordneten Ing. Gartlehner und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend Neubauten bzw. Umstrukturierungen von Gerichten in Wien  
Verschiedenen Zeitungsmeldungen der vergangenen Tage - beispielsweise auch in einem Artikel von Ihnen selbst in der Presse vom 15. 9. 97 - ist zu entnehmen, daß das Bundesministerium für Justiz einen Gerichtsneubau auf den ehemaligen Schlachthausgründen in Wien-Landstraße plant. Dieser Neubau würde 700 Millionen Schilling kosten. Im Landesgericht Wien sind derzeit 370 Arrestplätze frei, weil die stark rückläufige Ausländerkriminalität das neue „Graue Haus“ nicht mehr auslastet. Der Umbau des Landesgerichtes kostete 1,8 Milliarden Schilling. Gleichzeitig wird bei den Personalkosten für Richter, Staatsanwälte, Justizwachebeamte und den begleitenden Sozial- und Resozialisierungsprojekten gespart. In Zeiten der Budgetkonsolidierung und der Ausgabenkürzung für viele Bundesbehörden ist daher ein weiterer Neubau schwer zu argumentieren.  
Zur Aufklärung der Faktenlage bezüglich Neubau und Umstrukturierungsmaßnahmen stellen daher die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz nachstehende Anfrage:

- 1) Ist es richtig, daß vom Bundesministerium für Justiz der Neubau eines Gerichtsgebäudes samt angeschlossener Justizanstalt geplant ist?
- 2) Ist es richtig, daß in diesem Gebäude ein Gerichtshof mit gemischter Zuständigkeit für Zivil- und Strafsachen einziehen soll, obwohl die Tendenzen in ganz Europa hin zu Spezialgerichten tendieren?
- 3) Welche Argumente sprechen für die Einrichtung von sog. Mischgerichtshöfen und warum werden Jugendgerichtshof, Arbeits- und Sozialgericht sowie das Handelsgericht nicht in die Überlegungen miteingebunden?
- 4) Ist es richtig, daß sich sowohl die Richter des Landesgerichts für Zivilrechtssachen wie auch jene des Landesgerichts für Strafsachen gegen dieses Projekt wehren?
- 5) Aus welchen Gründen ist trotz eines Unterbelages der 1996 fertiggestellten Justizanstalt Josefstadt sowie der bald zu beziehenden Justizanstalt Simmering (mit weiteren 450 Haftplätzen) eine weitere Justizanstalt geplant?

- 6) Ist es richtig, daß die Justizanstalt Schlachthausgasse deswegen gebaut werden soll, um Häftlingen mit einer Freiheitsstrafe unter einem Jahr die Möglichkeit zu geben, ihre Haft an ihrem Heimatort verbüßen zu können?
- 7) Kann es sein, daß bei der Generalsanierung des Straflandesgerichtes Wien und beim Ausbau der Justizanstalt Josefstadt um knapp zwei Milliarden Schilling am Bedarf vorbei geplant wurde?
- 8) Sollte vor allfälligen Baubeschlüssen nicht zuerst geklärt werden, ob „Mischgerichtshöfe“ mit Sicherheit und so wie geplant eingeführt werden?
- 9) Ist es richtig, daß in den Justizpalast Verwaltungsabteilungen ohne Parteienverkehr einziehen werden und die Richterschaft des Landesgerichts für Zivilrechtssachen in den Neubau in der Schlachthausgasse umziehen soll?